

Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint
täglich,
Nachmittags 2 Uhr,
mit Ausnahme der Sonn-
und ersten Festtage.

Alle
resp. Postämter nehmen
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
1 Thlr. Preuss. Cour.
in allen Provinzen
der Preussischen Monarchie
1 Thlr. 8 Sgr. 9 Pf.

Expedition:
Krautmarkt N. 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redacteur: A. G. Effenbart.

No. 94. Montag, den 5. Juni 1848.

Se. Majestät der König haben dem Staats-Ministerium das nachstehende Schreiben Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen mitzutheilen und dasselbe zur Veröffentlichung dieses Schreibens zu ermächtigen geruht. Berlin, den 4. Juni 1848.

Der Vorsitzende des Staats-Ministeriums. Camphausen.

Eurer Majestät zeige ich unterthänigst an, daß ich, dem mir erteilten Befehl gemäß, London verlassen und den Continent wieder betreten habe. Ich halte diesen Zeitpunkt für den passendsten, um meine Eurer Majestät schon bekannten Gesinnungen, mit denen ich in die Heimath zurückkehre, nochmals offen auszusprechen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die freien Institutionen, zu deren festerer Begründung Ew. Majestät jetzt die Vertreter des Volkes berufen haben, unter Gottes gnädigem Beistande, sich zum Heile Preußens mehr und mehr entwickeln werden. Ich werde dieser Entwicklung mit Zuversicht und Treue alle meine Kräfte widmen und sehe dem Augenblicke entgegen, wo ich der Verfassung, welche Ew. Majestät mit Ihrem Volke nach gewissenhafter Berathung zu vereinbaren im Begriffe stehen, — die Anerkennung ertheilen werde, welche die Verfassungs-Urkunde für den Thronfolger festsetzen wird.

Brüssel, den 30. Mai 1848. Prinz von Preußen.

Deutschland.

* Stettin, 4. Juni. Die in Berlin versammelte Nationalversammlung hat eine Adresse an den König beschloffen, und obgleich die Berathung derselben wiederum viel Zeit und mithin auch dem Lande viel Geld kosten wird, so hoffen wir doch, daß es diesmal keine verlorne Zeit sein wird. Wir sind der albernen Anträge der Herren Jung und Konsorten herzlich satt und wollen endlich wissen, wie wir mit der Nationalversammlung daran sind, ob wir in ihr wirklich eine Nationalversammlung zu erkennen, zu ehren und dann auch zu lieben haben, oder ob wir sie nur als einen revolutionären Klubb ansehen und dann auch so beurtheilen müssen. Dies Letztere würde der Fall sein, wenn sie den gesetzlichen Standpunkt verliesse, und sich nach den Anträgen der Radikalen Berlins für eine konstituierende Versammlung erklärte, d. h. für eine Versammlung, die das Recht habe, ohne, ja wider den Willen des Königs uns eine Verfassung aufzuzwingen. Zur Vereinbarung der neuen Verfassung mit unserem Könige ist sie durch den König und die gesetzlichen Organe des Volkes berufen worden, und in diesem Sinne haben die Abgeordneten ihr Mandat von dem Volke erhalten. Verlassen sie diesen gesetzlichen Standpunkt, so haben sie allen Boden des Rechts unter den Füßen verloren, und es existirt keine Nationalversammlung mehr, und die Leute, welche sich so auf den revolutionären Standpunkt stellen, haben ihre Unfähigkeit, Vertreter des Volkes zu sein, öffentlich erklärt. Die unendliche Mehrheit des Volkes will konstitutionelle Freiheit und Entwicklung, aber nur auf gesetzlichem Wege. Pommern hat sich entschieden dahin ausgesprochen und alle alten Provinzen haben dasselbe gethan; der Widerspruch des fast ganz radikalen Breslaus will dagegen wenig bedeuten, und wenn einzelne kleine Städte oder einzelne Klubs in ihnen, den Breslawern ihre republikanischen Litaneien gedankenlos nachsagen, so hat das noch weniger zu sagen. Waren es doch gerade die revolutionären Anträge der Breslawer und ihres radikalen Führers, des Ex-Oberpräsidenten Pinder, gegen den gesetzlich notwendigen Zusammentritt des vereinigten Landtages, welche uns Pommern zur Erklärung zwang. Jene Radikalen hatten die Dreistigkeit, auch uns Pommern zur Theilnahme an ihrem revolutionären Treiben aufzufordern. Zehntausend Pommern haben geantwortet; aber wahrlich nicht, wie Herr Pinder sich einbildete, sie haben mit gerechtem Unwillen jene Zumuthung zurückgewiesen. Pommern hat sich für den Fortschritt, für die konstitutionelle Monarchie, für die Einheit Deutschlands erklärt, aber es will diese Güter nur auf gesetzlichem Wege erringen, weil sie sonst nun und nimmer gesichert sind. Und auf diesem Standpunkte des Gesetzes und des Rechts stehen die Pommern noch jetzt. Deshalb erwarten sie mit Sehnsucht die Rückkehr des Prinzen von Preußen, denn er wird einer der kräftigsten Vertreter des Gesetzes und des Rechtes sein, auch des neuen Gesetzes und des neuen Rechtes, für welches er sich laut und öffentlich gerade gegen uns Pommern erklärt hat. Wer das nicht weiß, den bebauern wir von Herzen, weil er selbst gedruckt nicht lesen kann. Das ist dann aber nicht unsere Schuld. Auf dem Standpunkte des Gesetzes und der Ordnung stehen die Pommern auch jetzt, und deshalb wünschen sie dringend, daß die Nationalversammlung sich bald klar und entschieden erkläre, wie bereits in Uebereinstimmung mit den Ministern beschloffen ist. Zu den Deputirten Pommerns, so weit sie überhaupt politisch gebildet und urtheilsfähig sind (sind Einzelne, wie man sagt, dies wirklich nicht, so liegt das nicht an uns, sondern an dem kümmerlichen Wahlgesetz), zu den Deputirten Pommerns haben wir das Vertrauen, daß sie männlich und ehrlich für die gesetzliche Entwicklung unserer

Verfassung ringen und kämpfen werden, und so wird es gewiß auch mit der Mehrheit der Versammlung sein, und noch fürchten wir nicht den Sieg der Radikalen und ihrer lustigen Theorien, noch weniger aber das Geseh der Reaktion, vor dessen Ausdruck viele Berliner noch nicht wieder zu Athem kommen können, und deshalb die Waffen, welche sie in Händen haben, nicht zu brauchen wagen. In unsern Augen ist es ein Schimpf, sich so auf der Nase herumspielen zu lassen, wie die Berliner Bürgerwehr thut. Eine Bürgerwehr, welche die gesetzliche Obrigkeit stundenlang mit ungesetzlichen Forderungen bedrängen, einen der tüchtigsten Minister in seinem eigenen Hause beschimpfen läßt, die ist ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Wo ist denn jetzt jener Magistrat von Berlin, der vor dem milden, nachsichtigen Könige ein so großes, so freisinniges Wort führte? Wir wollen es nicht leugnen, wir waren damals und sind noch jetzt der Ansicht, daß man mit den Verfassungsveränderungen rascher hätte vorschreiten können und sollen. Wir wissen recht gut, wer den König gegen seinen Wunsch hinderte und hemmte. Es war besonders Oesterreich und Wien, das nicht von der Stelle wollte und unsern König deutlich genug einen Phantasten nannte. Aber wir müssen doch fragen, wo ist denn jener mutige Magistrat von Berlin jetzt? Hatte er bloß Muth, als keine Gefahr dabei war? Warum ist er jetzt so zag, so bescheiden, so kleinlaut? Gewiß steht jetzt Geld und Gut, ja vielleicht Hals und Krage auf dem Spiel; aber da gerade soll die Hauptstadt zeigen, daß sie unsere Achtung verdient. Mit Adressen an die Provinzen ist da nichts gethan. Beweist durch die That, daß ihr Gesetz und Ordnung wolle, daß ihr das Ministerium kräftig unterstützt in seinem gesetzlichen Vorschreiten, und wir sind wieder euer mit Leib und Leben, wie wir unseres Königs sind. Wir sagen nochmals, wie schon oft, noch ist unser Vertrauen nicht ganz erschöpft. Stellt es wieder her durch Thaten. Ist das Vertrauen der Provinzen und namentlich das der Pommern einmal wirklich dahin, ihr möchtet es nie wieder gewinnen. J.

Stettin. Folgende Adresse ist von Stettin aus und in Uebereinstimmung mehrerer Ortschaften Pommerns an die Preussische Nationalversammlung gesandt worden:

Hohe National-Versammlung!

Zu den Vertretern unserer heiligsten Rechte fuhr uns das Vertrauen. Es gilt, im Sturme einer gewaltigen Zeit das klare Bewußtsein retten. — Eine — an Zahl geringe, allein durch Anwendung ihrer Mittel bedeutende — Partei im Staate, vorzugsweise in Berlin, umdrängt eine hohe Versammlung mit dem Ansinnen, den Charakter einer zur Vereinbarung der Verfassung mit dem Könige berufenen Volksvertretung abzulegen, und sich zu einer konstituierenden, d. h. zu einer solchen National-Versammlung umzuschaffen, welche berufen sei, eine Verfassung ohne, selbst wider den Willen des Königs festzustellen. Der erste Schritt zu diesem Ziele ist die gänzliche Verwerfung des vom Könige durch das verantwortliche Staats-Ministerium vorgelegten Verfassungsentwurfes. Niz derselbe in einigen Punkten unvollständig, in anderen einer Aenderung bedürftig sein — ungegründete Verwerfung ist der erklärte Bruch zwischen Volk und König. — Im Vertrauen darauf, daß eine hohe Versammlung in diesen heiligsten Fragen unseres Vaterlandes neben dem rücksichtslos parteilichen Andrängen in der Hauptstadt auch die Stimme ruhiger und besonnener Vaterlandsfreunde aus den Provinzen gerne vernehmen und berücksichtigen wird, sprechen wir die Bitte aus:

- 1) daß eine hohe Versammlung den Charakter einer zur Vereinbarung der Verfassung zwischen Krone und Volk berufenen festhalten,
- 2) den vom Ministerio vorgelegten Verfassungsentwurf den Berathungen über die Verfassung zum Grunde legen,
- 3) das vorgeschlagene Zweikammer-System beibehalten wolle.

Zu dieser letzten Bitte leitet uns neben der eigenen Ueberzeugung die warneude Lehre der Geschichte, daß eine Kammer in konstitutionellen Monarchien den Staatsorganismus gänzlich zerstört, und stets zur Revolution und Anarchie führt.

Stettin, den 30. Mai 1848. (Folgen die Unterschriften.)

Stettin. Laut hier eingegangener Nachricht aus Helsingör vom 28sten d. ist vorläufig das Preussische Schiff Eduard, geführt vom Carl Krause, vom Danischen Admiralsgericht erster Instanz für gute Preise erklärt und confiscirt worden, welcher Sequestration, als einer ganz leeren Formel, hinter der der allergewöhnlichste Seeraub versteckt ist, wohl bald mehr noch folgen werden. Das erwähnte Schiff war von Liverpool nach Stettin mit einer Ladung Palmöl etc. bestimmt. In Bezug auf letztere meldet man aus Helsingör, dieselbe sei vermuthlich Englisches Eigenthum und sei es nöthig, daß d. rüber bald die nöthigen Papiere aus England beigebracht würden. Andererseits wird auch sie ohne Zweifel sequestrirt werden.

Berlin. In der Sitzung der National-Versammlung vom 2. Juni interpellirte der Abg. Rehfeld das Ministerium über die Hülfsleistungen, welche die Seehandlung gewähren wolle, indem sie nicht allein selbst kaufen, sondern auch zuverlässigen Englischen Wollkäufern durch Ankauf von Wechseln auf sichere Bankhäuser in London Geldmittel bieten wolle. Derselbe fand hierin einen Nachtheil der kleinern Tuch-Produzenten, welche die billigen Wollpreise und die jetzige Kalamität sich zu Nutzen zu machen wünschen.

Der Finanz-Minister Hansemann bemerkte hierauf: Was die Beschwerde betrifft, daß die Seehandlung erklärt habe, sie wolle bei dem Wollverkehr zu Hülfe kommen, besonders auch dadurch, daß sie solide Englische Wechsel versilbere, so muß ich in der That gestehen, daß eine solche Beschwerde mir sehr merkwürdig zu hören gewesen ist, weil sie davon zeugt, wie wenig noch das Verständniß der Dinge in das Volk gedrungen ist. Worüber beschwert man sich allgemein? Was ist die allgemeine Klage? Das Geld fehlt! Das Vertrauen fehlt! Es ist leider damit so weit gekommen, daß viele Kreditmittel, ja, vielleicht der größte Theil derselben, jetzt nicht mehr vorhanden sind. Die Fonds, welche durch Ziehung von Wechseln geschaffen werden, sind zum großen Theil weggefallen, weil entweder manche Bankhäuser ausgebrochen haben, Geschäfte zu treiben, oder weil diejenigen, die sie noch betreiben, dieselben in solchem Maße eingeschränkt haben und solche Rücksichten dabei anwenden, daß es fast auf eine Nichtbetreibung hinausläuft. Unter solchen Umständen mitwirken, daß das Uebel nicht den höchsten Grad erreiche, heißt doch nichts weiter, als dafür sorgen: daß der Landmann, er möge viel oder wenig Wolle besitzen — wir haben ein gleiches Interesse für alle — seine Produkte noch einigermaßen verkaufen, oder, wenn dies nicht möglich wäre, daß er Geld darauf vorgeschossen erhalten könne. Ist das denn nachtheilig für die Fabrikanten? Gerade im Gegentheil, meine Herren, die Fabrikanten würden, wenn die Wolle ganz unter den Werth ginge, erst recht ruinirt werden, denn sie leiden fast überall nicht daran, daß sie nicht genug fabriziren können, sondern daran, daß sie das, was sie fabriziren, nicht los werden können; also ihr ganzer Vorrath würde um so unwerther werden. Und nun, meine Herren, wie lächerlich ist es, sich darüber zu beschweren, daß man das englische Geld herzuholen sucht? Wäre es denn nicht im höchsten Grade wünschenswerth, wenn die englischen Guineen in Massen zu uns strömen? (Lebhafter Beifall.) Diese Interpellation wurde hiermit erledigt.

Eine zweite Interpellation vor der Tagesordnung wurde vom Herrn Abgeordn. Freydhof angebracht, dahin lautend:

- 1) Das hohe Staatsministerium wolle nur eine Erklärung darüber abgeben, welche Maßnahmen getroffen worden sind, um unsere Häfen endlich von der dänischen Blockade befreit und das über unsere Schiffe verhängte Embargo aufgehoben zu sehen;
- 2) welche Vereinkarungen mit dem deutschen Bunde bestehen, um den theilhaftigen Handelsstand für seine der deutschen Sache gebrachten großen Opfer zu entschädigen;
- 3) ob bei dem demnächstigen Friedensschluß mit Dänemark darauf Bedacht genommen werden wird, daß Stettin wieder in sein altes Recht der Sundzollfreiheit eingesetzt werde.

Staats-Minister von Arnim: Ich habe nicht bereits auf eine vertrauliche Anfrage des Herrn Präsidenten dahin erklärt, auf eine Interpellation in dieser Beziehung sogleich antworten und mich des Rechts begeben zu wollen, sie auf einen späteren Tag zu versetzen. Ich glaube dies namentlich im Interesse des Handelsstandes thun zu müssen, der mit Ungeduld das Ende einer Lage erwartet, die von ihm schmerzlich empfunden wird, dieses ehrenwerthen Handelsstandes, der den bestehenden Kriegszustand mit Hingebung und Ausdauer ertragen hat, in dem Gefühl, daß dieser Krieg für die Ehre Preussens und Deutschlands ein nothwendiger gewesen war. In diesem Gefühl wird er auch noch für den Augenblick die Verluste zu ertragen wissen, welche von diesem Zustande unzertrennlich sind. Aber ich freue mich, zugleich die Hoffnung aussprechen zu können, daß dieser Zustand seinem Ende viel näher, als seinem Anfange. Es ist bereits bekannt, und ich kann es nur wiederholen in dieser Versammlung mittheilen, daß eine Englische Vermittelung eingetreten ist und kräftig gehandhabt wird. Die Basen des Friedens, über der wir mit Großbritannien übereinkommen, sind kräftig in Kopenhagen zur Annahme empfohlen worden, und ich kann zugleich mittheilen, daß diese Basen der Verhandlung in einer der letzten Sitzungen der Bundes-Versammlung gebilligt worden sind. Wir haben, um die Mediation zu erleichtern und zugleich eine Bürgschaft unseres Wunsches nach Frieden zu geben, unsere Truppen aus Jütland zurückgezogen. Ich kann dies Zurückziehen aber nicht mit dem geehrten Redner vor mir als eine Nothigung bezeichnen. Meine Herren, von einer Nothigung im militairischen Verstande kann wohl hierbei durchaus nicht die Rede sein. Wir wissen Alle, daß unsere Truppen siegreich in kürzester Zeit bis Jütland vorgezogen waren; dort aber hatten sie seit einigen Wochen keinen Feind mehr gegenüber, und es lagen auch schon aus strategischen Rücksichten Gründe vor, eine konzentrirte Stellung einzunehmen. Aus diesen Ursachen hat der General von Wrangel eine Stellung zwischen Tondern und Apenrade, nachdem er nach Schleswig zurückgegangen ist, eingenommen. Was die Blockade der diesseitigen Häfen betrifft, so kann in diesem Augenblicke und so lange die Verhandlungen nicht weiter vorgeschritten sind, darüber nichts Bestimmtes gesagt werden; aber ich kann wohl die Hoffnung aussprechen, daß dieser Zustand nicht lange mehr bestehen wird. Näher auf diesen Gegenstand einzugehen, erscheint mir für jetzt nicht angemessen. Ich bin gewiß nicht dafür, unnötig ein Geheimniß aus der Lage der Dinge zu machen, und bitte die hohe Versammlung, sich überzeugt zu halten, daß, wenn die Verhandlungen zu dem Punkte gediehen sein werden, daß sie vollständig mitgetheilt werden können, ich solche eben mit großer Freude offen vorlegen werde. Eine solche offene Darlegung der Thatfachen, sobald der Moment dazu gekommen ist, halte ich überhaupt für die einzig richtige Diplomatie; aber es giebt freilich Momente, wo dies nicht als angemessen erscheinen kann. Das ist hier der Fall, so lange die Verhandlungen sich noch in dem jetzigen Stadium befinden. Ich bitte die hohe Versammlung, sich für den Augenblick mit dieser Erklärung zu begnügen; sobald eine Ausführung dieser Erklärung möglich sein wird, werde ich sie unaufgefordert vorzulegen nicht verschlen.

Berlin. In Folge des Generalmarsches, der hier in der Nacht vom 26. zum 27. Mai geschlagen wurde, und von dem es sich dann erwies, daß Niemand offiziell den Befehl dazu gegeben habe, war eine Kommission niedergesetzt worden, um die Sache zu untersuchen. Dieselbe hat bis jetzt

ermittelt, daß in jener Nacht nur eine einzige dienstliche Anweisung vom Kommandanten der Bürgerwehr, General Aschoff, ausgegeben worden war, welche besagt, daß das 16. Bataillon dermaßen konfignirt werden solle, daß es auf den ersten Ruf nach der Friedrichsstraße konfignirt werden könne. Diese Anweisung ist, ihrer Bestimmung zuwider, als Legitimation bei sechs verschiedenen Wachen und Thoren vorgezeigt worden. Nach einstimmiger Aussage ist der Generalmarsch nirgend auf unmittelbaren Befehl geschlagen worden, sondern stets erst von außerhalb angenommen worden. Die bisher rücksichtlich der ersten Entstehung aufgefundenen Spuren reichen über die Stadtmauer hinaus. Die Kommission ist mit weiterer Ermittlung beschäftigt.

Berlin, 2. Juni. Als ein Beweis, welchen frevelhaften Angriffen das Preussische Militair bei den neuerlichen Straßen-Ausläufen in Mainz ausgesetzt gewesen ist, dient die amtliche Verlustliste, wonach 4 Mann getödtet und 41 Mann verwundet worden sind. Die Tödtung erfolgte in 3 Fällen durch Stichwunden, ein Mann wurde durch eine Schußwunde getödtet. Von den 41 Verwundungen sind 6 als gefährliche zu bezeichnen, die meisten derselben wurden durch Stiche hervorgebracht, doch kamen auch einige Hiebwunden vor. In mehreren Fällen ergiebt sich aus der Beschaffenheit der Wunde, daß sich die Angreifer zweifelhafte Instrumente bedient haben, eine Verletzung ist durch einen Senfenbiss entstanden. Was aber am sprechendsten die Art des Angriffs auf die Soldaten charakterisirt, ist der Umstand, daß 2 derselben durch rücklings vollführte Stiche durch Lunge und Niere getödtet wurden. Unter den Verwundeten befinden sich mehrere, die 2 bis 3 Verletzungen an sich tragen, und bei einem Getödteten des 40. Infanterie-Regiments fanden sich sogar 8 verschiedene Verletzungen vor.

Der General v. Aschoff hat die Stelle als Führer der Bürgerwehr niedergelegt. Diesen Mittag waren die Majore der Bürgerwehr versammelt, um eine interimistische Verwaltung des Commandos zu wählen. Es wurde der Major Blesson, der schon seit zwei Tagen faktisch in die Verwaltung eingetreten war, gewählt, und der Major Benda und der Dr. Große, Führer des Handwerker-Vereins, ihm zur Seite gegeben. Der Stab ist geblieben.

Dem Vernehmen nach hat der General v. Aschoff auch gebeten, seiner Stelle als Commandant von Berlin gleichmäßig entbunden zu werden.

Den Arbeitern der Porzellan-Fabrik sind 500 Gewehre bewilligt worden. Sie werden in das von Herrn Borfig geführte Bataillon der Bürgerwehr eintreten. Noch andere Vertheilungen von Gewehren sind in Aussicht, so weit es der Vorrath zuläßt, ohne die für die Armee-Abtheilungen nothwendigen Armaturen zu beeinträchtigen.

(F) **Breslau, ult. Mai.** Hier herrscht immer noch das alte Treiben. Jeder macht, was er will, unbekümmert um Gesetz, Obrigkeit und Recht. Kommt der Exekutor, wird ihm das Bajonnet entgegengestreckt; wird ein Excedent arretrirt, so versammelt sich augenblicklich der Haufe der Demokraten und befreit den Eingesperrten. — Regierung, Polizei und Rath sind ohne Haupt, daher ohne Kopf — ohne Einheit, ohne Energie, und daher geht Alles, wie es eben geht, d. h. es geht nichts und herrscht allgemeines Elend; unsere Straßen werden bald nichts als Bettler zeigen. Dafür ist aber Breslau hochberühmt in ganz Frankreich, denn Lamartine hat gesagt: „Breslau ist in ganz Deutschland der Haupttheater des Republikanismus und der Revolution.“ Traurig für den, der Bürger dieser Stadt sein muß! — Eine eigenthümliche Erscheinung hat sich in Schlessen herausgestellt, nämlich, daß überall die Christkatholiken an der Spitze der Rebellen stehen, überall die Presse beherrschen und überall die Juden zu treuen Verbündeten haben. Hier sagt man sogar ziemlich laut, daß Rothschild zum Präsidenten oder Diktator von Deutschland bestimmt sei von — den Anarchisten. Andererseits hat sich herausgestellt, daß die hiesigen Leiter der Demokraten, Reichenbach, Stein, Elsner, v. Esenbeck, Theinert, Pfänder, Grubert u. A. mit den Verschworenen in Baden, Paris und anderen Orten in Correspondenz und Wechselwirkung gestanden und stehen, denn am 19. April c. sagte der Vaterlandsverräther Hecker in seiner Proclamation aus Freiburg im Breisgau wörtlich: „Haltet euch tapfer, Brüder, denn mit uns gleichzeitig sind unsere Freunde in Breslau, Berlin, Prag und Mannheim aufgestanden, um ic.“ Wirklich war am 17. April hier der Hauptaufstand, und am 18. desselben Monats gings in Prag, Berlin und Mannheim scharf her. Der Losbruch an allen diesen Orten mußte demnach von den Verschwornen vorher verabredet und der Tag des Ausbruchs bestimmt sein. — An hiesigem Orte bestehen vier politische Vereine: der vaterländische, der konstitutionelle, der demokratisch-konstitutionelle und der demokratische. Der erste bittet, der zweite wünscht, der dritte verlangt, der vierte fordert. Diese vier Worte drücken genau die Tendenz jedes dieser Vereine aus und zeigen in der Scala der Höflichkeit derselben zugleich den Charakter der Mitglieder eines jeden Vereins. Daß sich diese Vereine unter einander anfeinden, daß überhaupt hier ein politischer Zwiespalt, wie im 30jährigen Kriege der religiöse, herrscht und bis in die geheimsten Familienverhältnisse zerstörend wirkt; daß der politische Jesuitismus allen diesen Vereinen nicht fremd ist, wird glaublich erscheinen. Wir meinen, daß die ersten beiden Vereine nicht thun, was sie sagen, und die letzten nicht sagen, was sie gern thun möchten und unter gegebenen Umständen thun würden. Viele, die früher ungeheure Schreier für die Christkatholizismus waren, reiben sich jetzt, nachdem sich herausgestellt, daß der Christkatholizismus nur ein anderes Wort für Kommunismus ist, die Augen, um zu sehen, ob sie über ihre frühere Thorheit oder das durch jene unterstützten Volksaufwiezler heraufbeschworene Elend weinen sollen. — Unser schönes Theater ist geschlossen; unsere freundlichen Umgebungen bleiben unbefucht; der schöne Frühling ungenossen, weil fast alle Männer im Klubb sitzen und die Frauen nicht auszugehen wagen, aus Furcht vor neumodischen Ansprüchen demokratischer Mitglieder, wie sie in der letzteren Zeit nicht selten gewesen sind und für jeden Mann, der einen ganzen Rock trägt, gefährlich sind. — Feuersbrünste sind jetzt an der Tagesordnung, und leider zeigen die Blätter fast immer an, daß Brandstiftung zu vermuthen sei. — Der Wollmarkt ist vor der Thür; aber kein Vertrauen und kein Geld. Auf den Märkten der Provinzialstädte hat die Wolle etwa die Hälfte der vorjährigen schlechten Preise gezollt. Dabei ist etwa der zehnte Theil der angefahrenen Wollen abgesetzt worden und die Produzenten haben überdem 6—8 Prozent weniger geschoren; — wahrlich, herrliche Aussichten für die Landbesitzer. Glücklich nur werden die Engländer, die hier, wie in Frankreich, theils Rohstoffe, theils Fabrikate zu 40—50 Prozent aufkaufen, in ferne Welttheile verkaufen, und somit ohne alle Mühe 50—60 Prozent verdienen. Das ist der politische Bestand der französischen und deutschen Demagogen.

Beide wollten und wollen England verderben, weil ihnen dessen geordnete Monarchie ein Dorn im Auge ist — und Beide thun Alles, um es England recht leicht zu machen, noch mächtiger und reicher zu werden. — Ueber die Parlamente zu Berlin und Frankfurt herrschen in Schlesien verschiedene Ansichten, aber wenig Hoffnungen auf dieselben leben. Wenn die Wahlen für Frankfurt meistens nur so nebenbei abgemacht wurden, so zeigen die Protokolle der Frankfurter Versammlung weder politischen Takt noch Geschäftsverstand, und scheinen die Wähler schon vorausgehnt zu haben, daß, wenn je ein babylonischer Thurm gebaut worden oder werde, dies nur in Frankfurt a. M. geschehen könne. In Berlin scheinen sich die Deputirten auch hübsch häuslich einrichten zu wollen, denn an dem bisher Geschehenen sieht man nicht, ob es der Anfang vom Ende, oder das Ende vom Anfange sei. Namentlich indignirt die zahllosen Hungernden der Vorschlag der von hier hingegangenen Republikaner Reichenbach, Stein und Elsner: den am 19. März in der Emute zu Berlin gefallenen Gesellen und Eisenstehern auf Staatskosten ein Denkmal zu setzen, — und zwar um so mehr, als sich hier der Zimmermeister B. und Steinseger S. schon vor Wochen öffentlich erböten, das von Grafmann vorgeschlagene Denkmal gratis zu machen und zu liefern. — Unsere Oberpräsidentengeschichte ist immer noch unklar. Da der 10. Pinder der Einzige war, dem die Rebellion hieselbst Nutzen gebracht, so erwachte bei den andern Volksleitern sehr bald der Neid, und er sah sich zwischen zwei Feuern. Deshalb gab er sofort, als er glaubte, die Minister würden nach der Rückberufung Sr. Königlichsten Hoheit des Thronfolgers unpopulär und vom Berliner Pöbel genöthigt werden, abzugehen, seine Entlassung, angeblich mit der Bemerkung: „er wolle unter einem Ministerio, das als konstitutionelles unkonstitutionell handle, nicht amtiren.“ Dennoch ließ er sich als Deputirter nach Berlin wählen. Ob er nun, nachdem er gesehen, daß die Minister das volle Vertrauen aller Wohlgesinnten im ganzen Staate genießen, sein Entlassungsgesuch zurückgenommen, oder ob er immer noch Ministersehnsucht hat, ist hier noch unbekannt. Gewiß ist nur, daß er auf der Ministerseite sitzt. — Wie hier Alles zerrissen und zerfahren ist, so hat sich vor einigen Tagen auch unter den Landwehrmännern eine Spaltung gezeigt: ein Jude hat einen Theil derselben zur demokratischen Partei — hier gleichbedeutend mit Republikanern, Revolutionären — hinübergezogen; doch ist der bei Weitem größte Theil gut preussisch geblieben. — Was die 250,000 Russen, die sich durch Polen gegen die galizische Grenze ziehen, eigentlich wollen, ist noch ziemlich tiefes Geheimniß. Kratau ist jetzt, nachdem die Regierung Ernst gezeigt hat, ruhig. In Wien dagegen wird es wohl noch lange dauern, bis Ordnung wiederkehrt. Böhmen gährt, und beide Nationalitäten stehen sich so freundlich gegenüber, wie zwei Matrosen vor der Boreverei.

Braunschweig, 30. Mai. Heute ist das Gefeg erschienen, welches die Rechtsungleichheiten der verschiedenen religiösen Bekenntnisse aufhebt und die Ehe zwischen Juden und Christen gestattet.

Frankfurt a. M., 1. Juni. Der allgemeine stürmische Jubel, mit welchem in der gestrigen Sitzung der Versammlung die Verkündung der Wahl Gagern's zum definitiven Präsidenten von allen Seiten des Hauses, von allen Parteien aufgenommen worden, ist wohl der sicherste Beweis, daß die Wahl auf den rechten Mann gefallen. Die Bürgerschaft Frankfurts gab gestern Abend ihren Gefühlen der Achtung und Sympathie für den Mann, welchen die Abgeordneten des Deutschen Volkes an die Spitze der verfassunggebenden Versammlung berufen, einen würdigen Ausdruck. Im Laufe des Nachmittags wurden rasch Vorbereitungen getroffen, um dem edlen Gagern durch eine großartige Fackelzerenade die Freude der Bürgerschaft über seine in so ausgezeichnete Weise zu Stande gekommene Wahl kundzugeben. Nach 9 Uhr bewegte sich eine unübersehbliche Menschenmenge, in der Mitte der festliche Zug, welchen 7—800 Fackelträger und mehre Tausend Mann Schutzwachen, ohne Gewehr, mit den wehenden Bannern der 14 Quartiere unserer Stadt bildeten, vor die Mumm'sche Gartenwilla vor dem Eschenheimer Thore, in welcher sich der Gefeierte befand. Mit wahrhaft betäubendem Jubelrufe wurde Gagern begrüßt, als er auf dem Balkon erschien und einige Worte des Dankes für diese Sympathiebezeugungen der Bürger dieser freien Stadt an die Menge richtete und seine Hoffnungen für eine glückliche, segensreiche Neugestaltung des großen Deutschen Vaterlandes aussprach. Auch Soiron, der sich neben Gagern befand, wurde mit freudigem Zurufen aufgenommen und sprach in gleicher freudiger Weise zu dem Volk. Während des ganzen Festes herrschte die musterhafteste Ordnung; nicht ein einziger Mißton störte diese wahrhaft ergreifende Kundgebung der öffentlichen Meinung. In vollkommener Ruhe kehrte die ungeheure Menge in die Stadt zurück, wo sich die flutenden Massen nach allen Richtungen hin zerstreuten.

Bremen, 1. Juni. Heute früh sind die zwei Compagnien unserer Infanterie unter dem Commando des Oberst-Lieutenant Reuter von hier nach Schleswig-Holstein ausgerückt. Auch Oldenburger Truppen werden heute auf dem Durchzuge ebendahin hier erwartet. (Br. 3.)

Hamburg, 2. Juni. Der Rückzug der Preußen aus Jütland hat, wie wir aus glaubwürdiger Quelle erfahren, nicht in Folge einer drohenden Note Rußlands, sondern auf den Wunsch oder vielmehr den Rath Englands stattgehabt, welches dem Preussischen Kabinete bemerklich machte, daß die Erzielung des allen Theilen wünschenswerthen Friedens am leichtesten werde angebahnt werden, wenn Preußen, ohne vorherige Eröffnungen Dänemarks abzuwarten, durch freiwilliges Zurückziehen den Beweis liefere, daß Deutschland nicht gesonnen sei, von dem Gewichte, welches ihm die bloße Uebermacht einem so kleinen Staate wie Dänemark gegenüber verleihe, ungebührlichen Gebrauch zu machen. Als nun aber in dem Britischen Ministerium bekannt geworden, daß Dänemark, statt dem gegebenen Fingerzeige Folge zu leisten und sich zum friedlichen Entgegenkommen geneigt zu zeigen, den Rückzug der Preußen als Schwäche gedeutet und zur Offensive überzugehen die Absicht zeige, habe dasselbe sofort eine energische Note der Dänischen Regierung überreichen lassen, welche zur Folge gehabt habe, daß einer der Kammerherren des Königs zu Anfang dieser Woche in specieller Mission mit einem Dampfboot direct von Kopenhagen nach London abgefandt worden sei. (Die Abreise des Kammerherrn Reedtz nach London wird auch von den Kopenhagener Blättern gemeldet.) (B.-S.)

Lübeck, 30. Mai. Die neuesten, heute von Kopenhagen hier durch Briefe und Reisende eingetroffenen Nachrichten lauten an sich sehr widersprechend, indeß stimmen sie im Allgemeinen wenig mit den hier verbreiteten Friedens-Nachrichten überein. Als das Dampfschiff Nordsternan, welches heute angekommen ist, Kopenhagen verließ, war eben der Großfürst Konstantin, so wie Prinz Gustav von Schweden dort angekommen und herrschte dort der größte Jubel. Rußland soll zwar keine Unterstützung an Truppen

senden können, dagegen ein Darlehen von 10 Mill. Rub. Sib. zu 3 pCt. leisten, die, wie erzählt wird, schon in Kopenhagen angekommen sein sollen. Die Deutschen, dort unter Embargo liegenden Schiffe sollen gezwungen worden sein, bei Ankunft des Großfürsten zu fluggen, jetzt aber Auftrag haben, die Schwedischen Truppen aus Schonen abzuholen und, wie man glaubt, nach Jütland zu bringen. Sind diese Nachrichten gegründet, so könnten wir ehestens wieder von einem Einrücken der Dänen in Schleswig hören, da dieses nicht auf baldigen Frieden schließen läßt; auch soll man sich in Kopenhagen geäußert haben, mit Preußen wolle man wohl Frieden schließen, allein mit den Rebellen könne man nicht unterhandeln. Es würde sich indeß doch fragen, ob Preußen für sich allein Frieden schließen will, da es ja nur für Schleswig-Holstein im Auftrage des Bundes handelt.

Flensburg, 30. Mai. (Auszug aus dem Bericht des General Wrangel.) In Verfolg meines unterthänigsten Schreibens v. 24. Mai c. verfehle ich nicht, Ew. Majestät ehrfurchtsvollst zu berichten, daß ich am 25. den Rückmarsch aus Jütland in der dort angegebenen Art angetreten habe. Am 28. war das Hauptquartier in Apenrade, die Brigade Bonin in der Gegend von Hostrup, die Brigade Möllendorf in der Gegend von Apenrade, die Halsteinschen in der Gegend von Arild eingetroffen, als Abends 9 $\frac{1}{2}$ Uhr die Meldung des General Halkett einging, der Feind sei bei Sonderburg auf der dort unter dem Schuß der Landbatterien und der Kanonenböte angelegten Brücke in bedeutender Stärke übergegangen, habe die Vortruppen angegriffen, und der General Halkett sei mit dem Gros der Truppen im Begriff, meinem Befehle gemäß, auf Quars und Klüsel auszuweichen. Nach in der Nacht ergingen die Befehle an alle Truppen, sich um 3 Uhr in der Richtung auf Quars in Bewegung zu setzen; schon um 7 Uhr war die Brigade Möllendorf dort eingetroffen. Der Feind hatte indeß seinen Angriff am vorigen Tage nicht fortgesetzt und war nur bis gegen Ahböl gefolgt; es ergab sich aus einer in meinem Beisein stattgehabten näheren Refognosizirung, daß das Corps des General Halkett auch ohne die Unterstützung durch preussische Truppen stark genug sei, um den Feind wieder zurückzuwerfen. Dies geschah. Die Truppen des 10ten deutschen Bundes-Corps bemächtigten sich der Höhen an der Müller Windmühle und der starken Stellung bei Satrup und nöthigten den Feind zum Rückzug auf seinen Brückenkopf bei Sonderburg. Leider blieben die Gefechte dieser Tage nicht ohne Verlust an Todten und Verwundeten für die Truppen des 10ten Armeekorps. Der Verlust der Dänen kann nicht minder bedeutend gewesen sein, sie haben außerdem noch 1 Offizier, mehrere Mann Gefangene verloren. Sobald ich über diese Details wie über den speziellen Gang des Gefechts nähere Nachricht vom General Halkett erhalten habe, werde ich nicht ermangeln, Ew. Majestät darüber zu berichten. Nur das tapfere Benehmen des Oldenburgischen Kapitäns Schlarbaum und seiner Mannschaften kann ich schon heute nicht unerwähnt lassen. Diese Compagnie war auf der Halbinsel Brocker dislocirt, mit der Anweisung, im Fall des feindlichen Angriffs sich über die Fähre bei Eckenfund nach Grafenstein zurückzuziehen. Als der überlegene dänische Angriff erfolgte und Kapitan Schlarbaum dieser Instruktion gemäß handeln wollte, fand er dänische Kanonenböte an der Fahrstelle, er konnte also hier nicht übersehen und mußte den großen, 1 $\frac{1}{2}$ Meilen langen Umweg machen, um wieder bei Ahböl zu seinem Bataillon zu stoßen. Die Dänen waren ihm auf der kürzeren geraden Linie vorausgeeilt, forderte ihn auf, die Waffen zu strecken, er aber griff sie mit dem Bajonett an und schlug sich glücklich, nur mit Zurücklassung eines Gepäcktragens durch.

Flensburg, 30. Mai. Unsere gestrige Mittheilung, daß die Dänen in Apenrade einen Besuch schon abgestattet haben, bestätigt sich. Einige Preussische Husaren befanden sich noch in Apenrade; die Dänen richteten einige Flintenschüsse — glücklicherweise keine Bomben! — auf sie, aber diese gingen wie gewöhnlich in die blaue hohe Luft, ohne einen Menschen zu beschädigen. — In Hadersleben weht schon die Dänische Fahne. Die Haderslebener sind wahrlich zu bedauern; denn ohne Zweifel werden diese, worunter eifrige Patrioten, jetzt als „forranderiste Tydskere“ angesehen.

— Heute Vormittag haben die Dänen wieder einen Landungs-Versuch bei Gravenstein gemacht, dieser muß aber mißlungen sein, denn das Bataillon Braunschweiger, welches hier liegt, sollte schon heute Mittag dorthin, hat aber jetzt Ordre erhalten, daß es erst morgen aufbrechen wird. Der Ueberfall, den die Dänen am Sontage machten, soll durch einen Verrath stattgefunden haben. Der Verräther ist ein Bauer. Er wurde gestern gegen Abend mit einigen anderen gefangenen Dänen nach Neudenburg geführt.

Österreich.

Prag, 30. Mai. Wir bringen, sagt das Constitutionelle Blatt aus Böhmen, dem ordentlichen Berichte des Nationalauschusses am 29. Mai vorgehend, die wichtige Nachricht, daß der Gubernialpräsident, in Verbindung mit den Vorständen der andern Verwaltungszweige, in einer Präsidial Sitzung die Errichtung eines verantwortlichen Regierungsraths, also einer provisorischen Regierung für Böhmen, beschlossen haben. Graf Thun motivirte diese Maßregel aus den Gründen, daß die Lage der Dinge schnelle Verfügungen, die den Wirkungskreis der bestehenden Behörden weit überschreiten, notwendig mache, der Verkehr mit dem Ministerium aber durch die Wiener Ereignisse unterbrochen sei. Der Regierungsrath besteht aus acht Mitgliedern, von welchen die Herren Palacky, Kieger, Brauner, Borrosch, Ab. Graf Kostiz und Strobach bereits ernannt sind. Die Herren Kieger und Graf Kostiz begeben sich noch heute nach Innsbruck, um die Genehmigung dieser Maßregel einzuholen. Dagegen schwindet ein anderer Gegenstand, die Bürgermeisterfrage, ganz in den Hintergrund. Eine Deputation aus der Nationalversammlung wurde in das Wenzelsbad abgeschickt, um das daselbst versammelte Volk von jedem Gewalt Schritte abzubringen und es zu versichern, daß die Rechtmäßigkeit der Wahl des Hrn. Pstrosch noch morgen von den Behörden werde untersucht und entschieden werden. Sie kehrte noch im Verlaufe der Sitzung mit einem befriedigenden Resultate zurück. Auch wurde ein Schreiben des Kaisers von Kroatien an den Nationalauschuss mit der Einladung, Ablegaten zum Kroatischen Landtage zu schicken, vorgelesen, dasselbe lautet: Hochachtbarer Nationalauschuss! Der 5. Juni d. J. ist als jener Tag festgesetzt, an welchem der Landtag des dreieinig Königreichs Dalmatien, Kroatien und Slawonien zusammentritt. Wie und auf welcher Grundlage dieser Landtag zusammengesetzt sein wird, werdet ihr aus beiliegender, von dem Banalrath ausgearbeiteten Verordnung ersuchen; dort heißt es ausdrücklich S. 8, daß den Ablegaten jedes andern österreichisch-slawischen Landes anständige Plätze angewiesen sein werden, falls sie diesen Landtag

Montag, den 5. Juni 1848.

Die volksthümlich breiteste Grundlage der preussischen Staatsverfassung. (Eingefandt.)

Bei der Erörterung dessen, „Was uns noth thut“ (man s. die Beilage zu Nr. 80 d. Ztg. vom 19. Mai c.) haben wir am 12. d. Mts. unsere Ansicht dargelegt, daß nur die Kraft und Fülle eines mächtigen konstitutionellen Königthums Preußen auf dem früher glorieux errungenen Standpunkte seiner Macht erhalten und nur damit unserem Staate die Fähigkeit bewahrt werde, den Anhalt für Deutschlands Einheit jetzt und künftig mit Sicherheit darzubieten. Wir haben unsere fest begründete Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Volksherrschaft, bei welcher das Königthum in Preußen zum Schatten und Zerrbild herabsinkt, weder das allgemeine Wohl in unserm Staate begründen und befördern könne, noch geeignet sei, unsere Stärke und Macht für Deutschland Wurzel fassen zu lassen. Indem jetzt der unserer National-Versammlung vorgelegte Entwurf des Verfassungsgesetzes der Öffentlichkeit übergeben worden ist, begehnen wir sofort den eifrigsten Bestrebungen der demokratischen Partei, welche die Volksherrschaft über das Königthum zu erheben sich anstrengt und alle aufgeregten Elemente der Revolution zum Kampfe für ihre Zwecke aufruft. Bei diesem Kampfe ist es die Aufgabe der Wohlgesinnten, d. h. Aller, die es mit dem Vaterlande und dem Volkswohle, mit Deutschland und seiner Einheit wohl meinen, die Waffen aufzunehmen und mit den Gegnern, welche wir am 12. Mai genau bezeichnet haben, in das Feld zu treten. Wir würden den Kampf weniger für nöthig erachten, wenn wir Vertrauen zu unserer National-Versammlung haben dürften. Allein die Wahlumtriebe der Demokraten und ihre Erfolge haben nur zu sehr jedes Vertrauen auf die Unbefangtheit der Prüfung und Würdigung des Verfassungsgesetzes durch die Mehrheit der preussischen National-Versammlung erschüttert. In ihrer Mitte wird unzweifelhaft ein warmer Streit beginnen, der sich draußen forsetzt, wie er bereits auf allen Seiten wach gerufen ist. Es kann nicht die Aufgabe sein, an dieser Stelle das Gesetz in seinem ganzen Umfange zu besprechen. Wir haben es hier mit den Angriffen zu thun, die dasselbe in seinen Tendenzen erleidet, und wollen jetzt die Frage erörtern, ob das Gesetz die Verfassung aus dem volksthümlichen Gesichtspunkte aufgefaßt habe, indem es das Zweikammersystem aufnahm, oder ob „volksthümlich“ lediglich gleichbedeutend sei mit „Volkvertretung in einer Kammer“, und ob daher nur diese als die verheißene „breiteste Grundlage“ der Verfassung gelten dürfe?

Wir können als „volksthümlich“ nur diejenige Vertretung gelten lassen, welche das Volk in allen seinen Elementen und staatlichen Verhältnissen vertritt. Niemals wäre eine solche Vertretung uns nöthiger gewesen, als bei der jetzt vorliegenden Feststellung unserer Staatsverfassung. Allein wir bestreiten auf das Entschiedenste, daß die National-Versammlung in Berlin als volksthümlich angesehen werden dürfe. Sie ist lediglich ein Aggregat und Erzeugniß parteiischer Bestrebungen, und bei der Unmöglichkeit, daß die Partei der Wohlgesinnten sich der Mittel für die Erreichung ihrer Zwecke bediene, welche die Gegner zu verschmähen niemals Ehre genug empfinden, kann und wird aus einer Volkswahl so wenig künftig, wie diesmal, so wenig bei uns, wie anderswo in großen Staaten eine Vertretung hervorgehen, welche als wahrhaft volksthümliche gelten darf. Wir glauben für unsere Behauptung gar keinen Beweis führen zu dürfen. Er liegt in der Geschichte, in den französischen Wahlen seit 1790 und jetzt, in den Ergebnissen unserer eigenen Wahlen jedem Unbefangenen, der die Augen öffnen will, klar vor. Je größer und bevölkert der Staat, je geringer die Möglichkeit einer volksthümlichen Vertretung durch Volkswahl. Dies für diejenigen, welche etwa die Vertretung in anderen Staaten gegen unsere Meinung anführen möchten, welchen wir dabei einen Blick in die Vorgänge bei den Volkswahlen in Frankreich empfehlen, wo die Herrschaft der Gewalt so weit geht, daß man in Masse mit gewaffneter Hand die Masse der Wähler zur Wahl bestimmter Individuen zu zwingen nicht scheut hat. Würde daher unsere Vertretung in einer aus der Volkswahl hervorgegangenen Kammer uns auch künftig niemals als eine volksthümliche genügen, so müssen wir um so mehr darin die breiteste Grundlage unseres Verfassungsgesetzes erkennen, daß es den unleugbaren Nachtheilen, welche die Volkswahl auf die Zusammensetzung unserer zweiten Kammer immerdar ausüben wird, eine erste Kammer entgegenstellt, welche zwar berufen sein muß, der Partei-Vertretung gegenüber die Rechte der Volks-Vertretung zu erhalten, um der Krone die Hoffnung zu sichern, nicht mit einer Partei, sondern wirklich mit dem Volke zu regieren, dabei aber dennoch zum größten Theile aus der Volkswahl hervorgehen soll. Die breiteste Grundlage darf nicht eine solche genannt werden, welche mit der Vernunft und mit Allem in Widerspruch tritt, was die Erfahrung und Geschichte gelehrt haben. Auch die breiteste Grundlage einer Verfassung muß vernunftgemäß und den Verhältnissen und Zwecken des Staats entsprechend erbaut werden, wenn das Gebäude nicht zusammenstürzen soll. Eine noch über unser Verfassungsgesetz hinausgehende breitere, den Anforderungen der Demokraten genügende, aber unvernünftige, der Volksthümlichkeit widersprechende Grundlage hebt unleugbar das Königthum auf, und mit ihm Preußen und seine Stellung nach Außen. Es wird sogar zu fragen sein, ob das Verfassungsgesetz nicht schon Elemente aufgenommen hat, welche mit der Befestigung einer konstitutionellen Monarchie in Zwiespalt treten, daher das, was uns und Deutschland Noth thut, sehr zweifelhaft machen.

Unter diesen Rücksichten können wir also eine Volkrepräsentation in einer Kammer nur als ein Uindig bezeichnen, welches bei uns blos Mißgeburten, aber keine vernunft- und staatsgemäße Gesetzgebung zu erzeugen im Stande sein würde. Träte einem solchen Uindig der König mit einem absoluten Veto entgegen, so wäre die neue Revolution jeden Augenblick fertig, und ohne, ja nur mit beschränktem Veto, würde das Königthum selbst zum Uindig. Hat uns aber die Revolution einmal in das Stadium des Volkslebens geworfen, daß es der durch Volkswahl gebildeten Vertretung nicht entgehen kann, so findet diese nach dem Verfassungsentwurf in der jetzigen Grundlage statt, welche die äußerste Grenze einer vernunftgemäßen Vertretung, mithin als die breiteste angesehen werden muß, die je eine Revolution dem Königthume abgedungen, ohne dieses selbst zerstören zu wollen. Der Tit. II. giebt den Staatsbürgern Rechte, deren Ausübung, weil

sie so leicht mißbraucht und zu Partezwecken benutzt werden kann, zweifellos mit der festen Erhaltung der Ordnung und kräftigen, einheitlichen Ruhe in dem Gesamtstaate kaum in Uebereinstimmung zu bringen ist. Fassen wir den Zweck der Erhaltung und Befestigung einer konstitutionellen Monarchie deutlich ins Auge, so ruht der Tit. II. in seinen §§. 14—16 auf einer Grundlage, welche wir für diesen Zweck, der jedem Preußen heilig sein sollte, für viel zu breit erachten müssen; indem die völlig unbeschränkte (freie) Presse — der Despot des Gedankens und des freien Wortes — und das freie Associationsrecht mit der Aufgabe einer konstitutionellen Regierung nicht in Einklang zu bringen sind. Dies lehrt uns die neueste Erfahrung.

Für das Zweikammersystem machen wir zunächst geltend, was wir gegen das Einkammersystem schon oben angeführt haben. Wo, wie in unserem Gesetze, die zweite Kammer aus der Volkswahl hervorgeht, kann ein eingreifendes Mitgewicht, gleichsam ein verbindendes Glied zwischen der Krone und dem Volke nicht entbehrlich sein. Wir leugnen nicht, daß, wie die Bildung der zweiten Kammer auf dem rein demokratischen Prinzip beruht, wir trotzdem, daß die Breslauer Zeitung sie die Repräsentation der kräftigen Geldaristokratie nennt, in der vorgeschlagenen Form für die Bildung der ersten Kammer um so viel mehr desselben Prinzips besorglich entdecken, als wir ungern die gebührende Rücksicht für die Erhaltung der Rechte der Krone vermissen. Die Zahl der königlichen Ernennungen ist auf ein Drittel der Kammer-Mitglieder beschränkt. Zwei Dritteltheile werden wieder vom Volke gewählt, sind mithin auch demokratischen Ursprungs, und der festgestellte Censur so wenig, wie das bedingte höhere Lebensalter werden die demokratischen Einflüsse bei den Wahlen entfernen, höchstens schmälern, und dies ist das einzig Gute dabei, damit nicht die Hoffnung ganz untergehe, dem im Staate ruhenden Besitze, die wesentliche Grundlage des Staatswohls, in unserer Verfassung vertreten zu sehen, da ihm die Demokraten, so lange sie nicht selber besitzen, am liebsten hermetisch den Eingang zur Vertretung verschließen möchten. Darum schreien die Volksmänner auch gegen Adel und Aristokratie, weil dazu vorzugsweise die Besitzenden gehören und sie deshalb stabilen Grundbesitzen ergeben sein müssen. Jene haben nichts zu verlieren. Allein man mache die ärgsten demokratischen Schreier zu Grafen und dotire sie reichlich, und — man hat gewiß eben so viele heftig schreiende Aristokraten gewonnen! — Weil man von 40jährigen Männern, welche Familienväter und reif geworden sind, ein besonneneres, ruhigeres Urtheil und Handeln erwartet, läßt man nur solche in der ersten Kammer zu. Gewiß ein richtiger Grundsatz. Allein den Demokraten ist er reaktionär, weil er ihrem Treiben hinderlich, ja gefährlich werden könnte. Sie wollen junge Leute, am liebsten die studierende Jugend, zu Volksvertretern. Mit ihnen läßt sich am meisten gegen die Krone ausrichten, denn sie kennen weder ihr Gewicht, noch lernten sie ihre Pflichten achten. Wäre es denn erwünscht und heilsam, wenn diesem Treiben kein Ziel zu setzen wäre?

Unter dem einen Dritteltheil der ersten Kammer muß der König die mediatisirten Reichsfürsten, die Standesherrn, berufen, weil ihnen auf diese Berufung ein vertragsmäßiges Recht zusteht (Bundesakte vom 8. Juni 1815, Art. 14; Verordnung vom 21. Juni 1815, Gesetzsamm. S. 105; Instruktion wegen Ausführung dieser Verordnung vom 30. Mai 1820), und schon die zugestandene Erblichkeit bedingt die Beschränkung fast auf die Standesherrn, wie damit die Bildung einer Kamarilla in der Kammer ausgeschlossen ist. Wollte man mit einem in bedeutendem Staatsamte stehenden Juristen, dessen Namen die öffentlichen Blätter bei dem ersten Proteste eines Theils der preussischen National-Versammlung genannt haben, behaupten: „mit und durch die Revolution sei alles alte Recht gefallen; mit ihr und durch dieselbe entstehe und begründe sich ein neues Recht“ — was wir nothwendig bestreiten —, so wird Niemand von dem Könige erwarten, daß er jenes vertragsmäßige Recht ebenbürtiger Vasallen nicht anerkenne. Jene Behauptung bricht sich aber den Stab selbst. Denn mit ihrer Geltung ist die Revolution mit allen Folgen in rechtliche Frage gestellt, und eine neue Revolution vertilgte das Recht der jetzigen mit Recht, und die Gewalt hätte immer Recht. Allein „Recht muß doch Recht bleiben!“ Keine Revolution kann ihr Unrecht in Recht verdrängen, und wenn die Berliner noch nach Jahrhunderten erröthen werden über die Geschichte ihrer Revolution vom 19. März, so wird eben das Recht damit nur sein Recht behaupten und das Unrecht immerdar brandmarken, welches die blutige Fackel der Zwietracht und der Revolution in den friedlichen und durch die Zugeständnisse vom 18. März konstitutionell gewordenen Bund des preussischen Königs und seines Volkes geworfen hat.

Haben die Standesherrn ihren Platz in der Kammer eingenommen, dann bleiben nur wenige Stellen, welche der König Männern seines Vertrauens (erblich) einzuräumen vermag, und die erste Kammer behält, wie deutlich vorliegt, ein entschieden vorherrschendes demokratisches Element, welches, weil damit nicht die Demokratie im Sinne der Breslauer Zeitung, sondern ein Besitz, eine feste Grundlage repräsentirt sind, als volksthümlich angesehen werden darf und der zweiten Kammer nie als ein gefährliches, aber, der Erblichkeit des mit ihm vereint stehenden Dritttheils ungeachtet, doch hoffentlich als ein erspriessliches Gegengewicht gelten mag. Daß aber solches Gegengewicht, wenn das Königthum erhalten werden soll, nicht von diesem ohne die äußerste Gefahr entbehrt werden könnte, daß mithin das Zweikammersystem das allein heilsame und volksthümliche für uns ist, halten wir für eben so gewiß, als es uns zweifelhaft bleibt, ob, selbst unter der Nothwendigkeit, alles Ständisch-Representative aus dem Verfassungsentwurf fern zu halten, es nicht rathsamer gewesen, den Standesherrn geradezu eine privilegirte Mitgliedschaft und die Erblichkeit ausschließlich den vormaligen Reichsunmittelbaren Kraft ihres gültigen Vertragsrechtes einzuräumen, in die erste Kammer aber die Vertretung der großen Städte de jure und wichtiger Korporationen, Universitäten u. d. katholischen und evangelischen Domkapitel, überhaupt bedeutender Kapazitäten ohne Rücksicht auf Censur zu berufen und die vom Volke zu wählende Zahl der Mitglieder wenigstens auf die Hälfte der Gesamtzahl von Mitgliedern der ersten Kammer zu beschränken, um in dieser mehr das konstitutionell-monarchische Prinzip zu konzentriren, während das demokratisch-

konstitutionelle Element in der zweiten Kammer schon zur vollständigsten Geltung gelangt ist.

Diese Änderungen mögen für jetzt und gegen die Angriffe der Dresd. Zeitung vom 24. u. 25. Mai (Nr. 120. 121.) genügen, um unserer Ansicht darüber in der Meinung gleichgesinnter Anhänger unserer konstitutionellen, aber von einem kräftig bleibenden Königthume getragenen Monarchie Boden zu gewinnen, daß der Entwurf unseres Verfassungs-Grundgesetzes auf der breitesten, d. i. der noch zulässigen Grundlage beruht, welche die Erhaltung der Monarchie gestattet, daß derselbe selbst zu weit gehende Elemente in sich schließt, welche Beschränkungen erfordern werden, der Kampf der Demokraten gegen ihn mithin eine neue Revolution zum Umsturz der monarchischen Grundlage Preussens zum Ziele hat, gegen welche mit Scheu und Sorge alle Wohlgesinnten zum Heil des gefährdeten Vaterlandes und Deutschlands sich enge verbinden müssen. — Geschrieben in Schlesien am 28. Mai 1848.

Deutschland.

Dresden, 31. Mai. In der heutigen Sitzung der II. Kammer war der Hauptgegenstand der Tagesordnung die Beratung eines von dem Abg. Albrecht früher bereits angekindigten und heute eingebrachten Antrags zur Hebung des auf den arbeitenden Klassen lastenden Nothstandes. Der Antrag lautet: „Die Kammer wolle die Staatsregierung ersuchen, durch ihren Gesandten bei der Bundesversammlung dahin zu wirken, daß auf's schleunigste die geeigneten Maßregeln zur Hebung des auf den arbeitenden Klassen lastenden Druckes und zum Schutze der Arbeit überhaupt getroffen und in dieser Beziehung vorzüglich diejenigen Punkte ins Auge gefaßt werden, die in der Petition enthalten sind, welche ein Verein deutscher Kaufleute und Fabrikanten von Leipzig aus an die deutsche Nationalversammlung eingereicht hat.“ Der Abg. begründete seinen Antrag in einer längeren Rede, indem er sich ausführlich über die Ursachen des gegenwärtig auf den arbeitenden Klassen lastenden Druckes sowie über die Mittel zur Abhülfe desselben verbreitete. Die Ursachen fand derselbe einestheils in den bisherigen Finanzprinzipien, in der Engbergigkeit der Finanzmänner, welche den Zollverein weit weniger als einen Schutz der Arbeit, denn vielmehr als eine unverfügbare Quelle für die Staatskasse betrachtete, hierdurch denselben in seinen Wirkungen neutralisirt und durch die Konsumtionssteuer die arbeitenden Klassen, vorzüglich die, welche aus der Hand in den Mund leben, systematisch ausgefogen hätten; andererseits aber auch in der mangelhaften Ausbildung des Zollsystems, wofür derselbe unter Anderem anführte, daß allein für Baumwollentwiste ein jährlicher Tribut von 10 Mill. Thlr. aus Deutschland nach England gegangen sei. Die Hebung dieses Druckes könne einzig und allein durch Vermittelung eines kräftigen Schutzes der Arbeit nach innen und nach außen erreicht werden, und dieser Schutz werde gewährt durch Ausführung der in der Petition der deutschen Kaufleute und Fabrikanten aufgeführten Punkte. Diese sind: 1) Daß alle Zollstrafen fallen zwischen den Staaten, welche zum deutschen Bunde gehören. 2) Daß dahingegen ein Zoll an den Grenzen von Deutschland erhoben werde, nicht nach dem Gewichte, sondern nach dem Werthe der Waaren, unter Berücksichtigung von Ausfuhrprämien wegen der Halbfabrikate. 3) Daß nach Leipzig so schnell als möglich Sachverständige aus allen Zweigen der Industrie und der landwirthschaftlichen Gewerbe zu einem Kongress abgeordnet werden, um einen neuen Zolltariff vorzubereiten und zu entwerfen. 4) Daß die deutsche Schifffahrt begünstigt werde vor der fremden durch geringere Abgaben in deutschen Häfen. (Differentialzölle. — Handelsverträge). 5) Daß die Zölle auf die nothwendigsten Lebensmittel so weit wie immer möglich vermindert werden, die innern Steuern auf dieselben aber ganz wegfallen. 6) Daß Originalmuster, Formen und Erfindungen im ganzen deutschen Bunde vor unrechtmäßiger Nachahmung geschützt werden. 7) Daß die vererblichen Buchergesetze aufgehoben werden. 8) Daß das Privatbankwesen mehr wie seither begünstigt werde und nicht bloß ein Privilegium des Staats und des übergroßen Reichthums in Einer Hand bleibe. 9) Daß Reichs-Handelskonsulate auf den wichtigsten außerdeutschen Märkten errichtet werden. 10) Daß man in Deutschland eine übereinstimmende Handelsgesetzgebung nach Analogie derjenigen in der Rheinprovinz erlasse. 11) Daß man das Brief- und Geldporto ermäßige in ganz Deutschland nach Art der englischen Pennypost. 12) Daß man den Wechselstempel als eine veratorische und drückende Maßregel in Wegfall bringe. — Der von dem Antragsteller in seiner Rede gebrauchte Ausdruck, daß die von ihm ausgesprochenen Ansichten die Ansichten „aller Gewerbetreibenden“ seien, veranlaßte den Abg. Harfort, gegen diese Folgerung Verwahrung einzulegen, denn er für seine Person sei „durch und durch Freihandelsmann;“ er habe indessen nichts gegen den Antrag einzuwenden, glaube aber, daß die Ursachen der auf den arbeitenden Klassen lastenden Noth weniger in dem Zollsystem als in dem jetzigen Mangel an gegenseitigem Vertrauen gesucht werden müsse, und daß dieser Noth nicht sowohl auf direktem Wege, als vielmehr dadurch abgeholfen werden könne,

daß die Schranken weggeräumt werden, die der intellektuellen Entwicklung der Thätigkeit des Einzelnen entgegenstehen, daß Jeder sich dahin ausbilden könne, seine Existenz sicher zu stellen. Auch dürfte ein Mittel zur Hebung dieser Noth darin liegen, daß man die Theilbarkeit des Grundbesitzes befördere, die Erwerbung von Grund und Boden erleichtere. Abg. Eli Evans sprach sich gegen das Freihandelsystem aus, fand aber das einzige Mittel zur Abhülfe des jetzigen Druckes darin, daß das Maschinenwesen weiter ausgebildet und zu diesem Zweck der Eingangszoll auf Maschinen bis auf 1200 Thlr. erhöht werde, welches Mittel Abg. Harfort aber als ein solches bezeichnete, durch welches bei jeder Stöckung in Handel und Gewerbe großes Elend über das Land gebracht werden dürfte, obwohl er zugab, daß augenblicklicher Bedrängniß dadurch gesteuert werden könnte. Abg. Rittner wünschte, daß die Begünstigung der Fabrikindustrie nicht störend auf die Landwirthschaft einwirken möchte, und der Abg. Rüttner stimmte für den Antrag mit dem Vorbehalte, daß unter „arbeitenden Klassen“ nicht allein die Fabrikarbeiter, sondern auch die Handwerker in den Städten zu verstehen seien; denn auf Letztern laste die Noth nicht minder schwer und eine gute Gewerbeordnung sei hier ein Mittel, durch welches viel geholfen werden könne. (D. A. 3.)

München, 29. Mai. Ob unsere Freikorps morgen zu Ehren des Landtagschlusses scharfe Patronen fassen? Wir wissen es nicht, hören aber das Faktum selbst aus guter Quelle. Wir leben und schweben eben wieder in lauter düstern Gerüchten. Vorgestern hieß es, der Kriegsminister habe die Entwaffnung des gesammten Studentenfreikorps befohlen, und man glaubte die Angabe um so allgemeiner, weil wirklich eine Ordre an das Korpskommando ergangen war, daß 500 Stück Jägergewehre in das Depot zurückgeliefert werden müßten. Darauf erfuhr man, nur die Republikaner würden entwaffnet. Republikaner unter der Studentenschaft in München? Auch da blieb der Nachweis nicht aus. Die drei Verbindungen Rhénania, Arminia und Cheruscia hatten dem aus Gesundheits- oder sonstigen Rücksichten nach Amerika oder nach dem Hauptquartiere Hecker's und Struve's in der Schweiz abgereisten Studenten Knorr eine Tren- und Ergebenheits-Adresse in der Allgemeinen Zeitung nachgeschickt, und dies genügt, sie alle mit einander zu Republikanern oder Anarchisten zu stempeln. Nachträglich vernehmen wir jedoch aus zuverlässiger Quelle, daß etwa zwei Duzend Brauseköpfe durch Juwelweltverbessern und Juwelregieren hinter dem Bierkrug der guten und getreuen Bürgerschaft den Kopf warm gemacht, und daß die fragliche Adresse unter den obwaltenden Umständen allerdings überall übel aufgenommen worden, daß aber deshalb länger als etwa einen Augenblick an der bewährten Gesinnung des Freikorps gezweifelt worden sei, noch jetzt ein Grund obwalte, die in Vorschlag gebrachte Entwaffnung auszuführen. Wenn daher morgen von allen Freikorps wirklich im Zeughause scharfe Patronen gefaßt werden, so kann es nicht geschehen, um einem Arbeiteraufstande für die republikanischen Studenten gewachsen zu sein, sondern es müssen andere Gründe obwalten.

Städtisches.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung, morgen Nachmittag 5½ Uhr. Unter Andern: 1) Antrag wegen Instandsetzung des Wasseranges zwischen dem Salzpeicher auf der Oberwieck und dem Schoslow'schen Grundstück; 2) Anstellung eines Bureau-Arbeiters für das Bürgerwehr-Kommando; 3) Jahresrechnung der Armenschule pro 1847 und Antrag, den bisherigen Beitrag aus der Kammerkassse zu erhöhen, oder das Gehalt der Lehrer künftig aus der Kammerkassse zu zahlen und dagegen die Fonds, welche bisher dazu dienten, derselben zu überweisen; 4) Pensionierung des Rathsdieners Knack; 5) Antrag des Kleiderbändlers Jacoby wegen Ersatz seines Schadens bei dem am 1sten v. M. stattgefundenen Tumulte; 6) Vorschlag einer Stelle im Duzig zur Anlegung einer öffentlichen Badeanstalt. Hessenland.

Ein Wort zu seiner Zeit.

Am Sonnabend (den 3. Juni) war ich Augenzeuge, wie ein Fleischergefell ein Kalb die Schulzenstraße transportirte, welches den linken Vorderfuß gebrochen hatte. Dieses Thier konnte sich kaum forschleppen, wurde dessen ungeachtet aber von seinem Führer so furchbar vom Hunde angebeßt und am Strick gezogen, daß es vorn immer zusammensank. Muß dabei nicht jedem, der solch ein Schauspiel sieht, das Herz bluten? Ich frage nun an: „besteht noch kein Gesetz über Thierquälerei?“ und im Falle des Nichtbestehens oder daß dasselbe zu wenig gehandhabt werde, stelle ich den Antrag besonders beim hiesigen Volksverein und constitutionellen Klubb, „sich doch dieses Punktes besonders annehmen und zur Verathung bringen zu wollen.“ Welche schlechte Beispiele giebt so etwas Kindern, wenn sie schon in ihrem zarten Alter dergleichen Mißhandlungen von Vieh sehen. Polizeiergeanten sehen oder wollen so etwas nicht sehen, wiewohl die polizeiliche Aufsicht sich auch auf dergleichen ganz besonders erstrecken müßte. Ich bringe diese Sache zur Sprache, weil dergleichen Nothheiten täglich vorkommen, und kürzlich sich ein Fall ereignete, wo ebenfalls ein Fleischergefell ganz herzlos einem Hammel, der nicht pariren wollte, mit seinem Knüppel das Auge ausschlug, so daß es ihm am Kopf herunterhing.

Müßten dergleichen Subjekte nicht zur Verantwortung gezogen, resp. exemplarisch bestraft werden?

Berlin-Stettiner Eisenbahn.

Frequenz in der Woche vom 21. Mai bis incl. 27. Mai 1848: auf der Haupt-Bahn 4038 Personen.

An die Darsteller der Hauptrollen in dem Buch-Pfeifferschen Schauspiel „Der Pfarrherr.“

Wie dieser Pfarrherr glänzt,
Ein Vorbild höchstem Streben...
Habt Ihr als Meister uns
Das Meister-Stück gegeben!

W. v. S.

Stettin, den 2ten Juni 1848.

Berlin-Stettiner Eisenbahn.

In Folge der in der letzten ordentlichen General-Versammlung unserer Gesellschaft vorgenommenen Wahlen besteht unser Direktorium gegenwärtig aus folgenden Mitgliedern:

1) dem Kaufmann E. Chr. Witte,

- 2) „ Premier-Lieutenant a. D. Rutscher,
- 3) „ Consul Schlutow,
- 4) „ Kaufmann Freyhörff,
- 5) „ Regierungs- und Medizinal-Rath a. D. Dr. Rhades,
- 6) Regierungsrath von,
- 7) „ Justiz-Commissarius Lentz,

unter denen der Kaufmann E. Chr. Witte zum Vorsitzenden und der Pr.-Lieut. Rutscher zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden sind, was wir in Gemäßheit des §. 43 unseres Statuts und unter Bezugnahme auf die unterm 29ten Januar v. J. Allerhöchst befähigten zusätzlichen Bestimmungen zu den §§. 33 und 48 ibid. mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntniß bringen, daß der Verwaltungsrath durch die Herren:

- 1) Bank-Direktor Jöbst (Vorsitzender),
- 2) Consul Goldammer (Stellvert. Vorsitzender),
- 3) Stadtrath Wegener,
- 4) Justiz-Commissarius Fischek,
- 5) General-Consul Lemonius,
- 6) Kaufmann Waechter,
- 7) „ Zheerl,
- 8) „ Ferdinand Brumm,
- 9) „ Reg.-Rath a. d. Paris (St. Fischek).

- 10) Banquier Ehart,
 - 11) „ Amberg,
 - 12) Stadtrath Reibel,
 - 13) Kaufmann Gueterbock zu Berlin,
 - 14) Rittergutsbesitzer von Seyden auf Carlrow,
 - 15) General-Landchaftsrath v. Koellner auf Caantred gebildet wird.
- Stettin, den 29ten Mai 1848.
Direktorium.
Witte. Rutscher. Rhades.

Öffizielle Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,

den Remonte-Ankauf pro 1848 betreffend.
Regierungsbezirk Stettin.

Zum Ankaufe von Remonten im Alter von drei bis einschließich sechs Jahren sind in dem Bezirke der Königlichen Regierung zu Stettin und den angrenzenden Bezirken in diesem Jahre wiederum nachstehende, früh Morgens beginnende Märkte anberaumt worden, und zwar:

den 19. Juli in Grimmen,
den 21. „ in Greifswald,

Mönchenstraße No. 610, dritte Etage, ist ein freundliches Zimmer nebst Kabinet mit Möbeln zum 1sten Juli d. J. zu vermieten.

In der 3ten Etage Breitestraße No. 397 ist eine Wohnung von 2 Stuben, Kabinet, Küche u. zum 1sten Juli d. J. zu vermieten.

Frauenstraße No. 911 a ist in der 3ten Etage ein Quartier von 4 Stuben nebst Zubehör zum 1sten Juli zu vermieten. Das Nähere parterre links.

Schuhstraße No. 860 ist die 4te Etage, bestehend in einer Stube und Kabinet, 2 Kammern und Küche, zum 1sten Juli zu vermieten. Näheres parterre.

Eine Tischlerwerkstelle nebst Wohnung ist zum 1sten Juli d. J. Breitestraße No. 353 zu vermieten.

Fuhrstraße No. 648 ist die vierte Etage, bestehend in 3 Zimmern mit Zubehör, zum ersten Juli zu vermieten.

Die 2te Etage, bestehend aus 3 Stuben, Kammer und Zubehör, ist zum 1sten Juli große Wollweberstraße No. 569 zu vermieten.

In der 3ten Etage Frauenstraße No. 908 ist eine bequeme Wohnung von 4 Zimmern nebst Zubehör zum 1sten Juli c. billig zu vermieten.

In der großen Oderstraße No. 8 ist eine Parterre-Wohnung und einzelne Stube im 4ten Stock anderweitig zu vermieten und sogleich zu beziehen. Näheres im Comptoir links.

Die 3te Etage meines Hauses Breitestraße No. 372, bestehend aus 6 heizbaren Stuben nebst Zubehör, gemeinschaftlicher Benutzung des Waschaufes und Trottenbodens, ist zu vermieten. Ferd. Dreher.

Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Ein junges Mädchen, welches jetzt die Stelle einer Laden-Demoiselle bekleidet, sucht als solche, oder auch als Wirthschafterin zum 1sten Juli c. wieder eine Condition. Wo Näheres zu erfragen, theilt die Zeitungs-Expedition mit.

Eine Wirthschafterin von gesetztem Jahren, welche als solche mehrere Jahre fungirt hat, sucht als solche zum 1sten Juli ein Unterkommen. Näheres beim Damenschneider Klau, oberhalb der Schuhstraße No. 151.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Eine Wiese von ca. 5 Morgen ist zu vermieten. Näheres Langebrückstraße No. 82.

Einem geehrten Publikum zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich jetzt Ködberg No. 324, 2 Treppen hoch, wohne. F. Kospoth, Pianoforte-Stimmer.

Breitestraße No. 353 werden alle Herrenkleider, wie seidene Westen, Halstücher und Shawls von allen Flecken gereinigt, auch alles Wollen- und Seidenzeug aufs Beste aufgefärbt, appretirt und decatirt. E. Mebus, Tuchschreier.

Seidene Schnurrenhüte werden zu 20 Sgr. gefärbt und nach den neuesten Façons aufgearbeitet bei H. Brandt, Grapengießstraße No. 424.

Ein Material-Waaren-Geschäft auf der gr. Laßadie, vollständig eingerichtet, nebst dazu passenden Räumlichkeiten, soll sofort anderweitig abgetreten werden. Das Nähere bei J. F. Zanzig, Bühnenbeinerstraße No. 1085.

B e k a n n t m a c h u n g.

Aus No. 692 kleine Domstraße ist ein Kanarienvogel entflohen; sollte er aufgegriffen sein, so wird daselbst gegen ein Douceur um seine Zurückgabe gebeten.

Dankfagung an Herrn H. Weber.

In der Beilage der Stettiner Zeitung No. 91 verkündet Herr Kaufmann Weber, Frauenstraße, daß er mich aus seinem Geschäft entlassen habe.

Ich kann dies nur für eine große Schmeichelei halten: da ich die Ueberzeugung habe, und Herr Weber, rechtlich urtheilend, diese haben muß, daß durch meine und meiner Eltern Bemühung sein Geschäft erst emporgekommen ist. Ich kann daher nicht anders, als von den innigsten Gefühlen der Dankbarkeit getrieben, durch öffentliche Anerkennung eines so treuen Andenkens meine Freude hierüber kund werden lassen. Doch Jeder wird diese Freude durch einen einzigen Gedanken getrübt, wir Menschen sind einmal nicht anders, oft der bestgemeinten Handlung legen wir verdächtige Grundsätze unter, warum sollte ich allein eine Ausnahme machen? was hätte ich für Vorrechte? Sollte Herr H. Weber vielleicht von dem Grundsatz ausgegangen sein, denn solche Ankündigung kann Jeder nach Belieben deuten, mir ein Unterkommen am hiesigen Orte zu erschweren, da er weiß, wie die ihm zugebrachten Käufer an mir hängen, so rufe ich zu meinem Trost: „Anbank ist der Welt Lohn“, und bedauere Herrn Webers gezahlte Insertions-Gebühren, da heute zu Tage Jeder nach seinen Leistungen beurtheilt wird. Nein, Nein, weg mit solchen niedrigen, unwürdigen Gedanken, ein rechtschaffener Mann kann solche nicht hegen, und da ich Herrn Weber, der öffentlichen Meinung nach, dafür halten muß, so habe er nochmals Dank für sein freundliches Andenken. Albert Krey.



Goldberger's galvano-elektrische Rheumatismus-Ketten

können ihrer ganz besondern Kraft und Wirksamkeit wegen als ein schnelles und sicheres Heilmittel gegen

nervöse, rheumatische und gichtische

Uebel empfohlen werden. Diese Ketten sind nach chemisch-physikalischen Grundsätzen so konstruirt, daß durch sie auf die passendste Weise eine fortwährende elektrische Strömung hervorgebracht wird und ist der wohltätige und heilsame Einfluß der Elektrizität auf den thierischen Organismus durch vielfährige Erfahrung hinreichend bekannt. Viele geachtete Aerzte und Chemiker haben auch bereits meine Rheumatismus-Ketten geprüft und sich für deren Nützlichkeit als ein sehr wichtiges Heilmittel ausgesprochen, als u. A. der Königl. Kreis-Physikus und Sanitätsrath Herr Dr. Filehne in Erfurt, der Königl. Kreis-Physikus Herr Dr. Engler in Breslau, der Königl. Stadt-Physikus und Geheime Sanitätsrath Herr Dr. Hatorp in Berlin, der akademische Präkurator der K. K. Universitätsrat zu Wien Herr Dr. Alois Prosper Raspi in Wien, der Communal-Arzt Herr Dr. Arnold in Schweidnitz, ferner die praktischen Aerzte Herr Dr. Wenzl in Boizenburg, Herr Dr. van der Decken in Rastorb, Herr Dr. Beyer in Leipzig, Herr Dr. Ley in Schleusingen, Herr Dr. J. C. A. Buhle in Altleben a. S., Herr Dr. Doppler und Herr Dr. Reide in Tarnowitz und Hunderte von Genesenen haben dies in öffentlichen Dankfagungschriften und Attesten bekundet, die bei sämmtlichen Depot-Inhabern zur geneigten Durchsicht ausliegen. Auch werden diese Ketten als ein vorzügliches Präservativ-Mittel von Müttern und Ammen während des Stillens (zwischen den Schultern) getragen, indem sie durch den fortwährenden unschätzblichen galvano-elektrischen Reiz die Störung des Blutumlaufes verhindern und sonach jeden Schreck u. wirkungslos machen.

In Stettin hält Herr G. A. Ziegler, Junkerstraße, das alleinige Depot meiner Rheumatismus-Ketten, so wie in Berlin die Herren L. Herrmann & Co., Breitestr. No. 31, in Danzig Herr G. C. Ziegler, in Greifswald Herr Heinrich Kuhde, in Neustrelitz Herr Wilhelm Behnke und in Stralsund Herr G. C. Böhmer. J. T. Goldberger in der freien Bergstadt Tarnowitz, Fabrik von elektro-magnetischen Apparaten.

Elfter Rechenschafts-Bericht

Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

In der am 24ten d. Mts. abgehaltenen General-Versammlung der Aktionairs der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft wurde der Rechnungs-Abschluß des Jahres 1847, nachdem er statutenmäßig revidirt worden, vorgelegt. Durch ihn wird für das Jahr 1852 eine eben so günstige Dividende in Aussicht gestellt, wie in den vergangenen Jahren hat vertheilt werden können.

In dieser Zeit des Misstheils freut es uns um so mehr, obiger Erklärung die Bemerkung beifügen zu können, daß die Gesellschaft seit ihrem Bestehen durch außergewöhnliche Unfälle (bei Hypotheken, Depots oder Wechslern) bis auf die neueste Zeit, nicht allein keine Einbuße (mit Ausschluß von einigen Hundert Thalern) erlitten hat, sondern sich auch für die Zukunft dagegen für geschützt halten darf.

Im Jahre 1847 liefen 797 Anträge mit zu versichernden 942,600 Thalern ein. Werden die zurückgewiesenen, ausgeschiedenen und verstorbenen Versicherten davon abgezogen, so bleibt ein reiner Zuwachs von 339 Versicherten mit 330,000 Thalern.

Todesfälle betrafen 136 Personen mit 173,400 Thalern. Am Schlusse des Jahres 1847 war der Bestand der Versicherten 6415 Personen mit Sieben Millionen 593,700 Thlr.

Der aus dem Jahre 1843 entpringende Ueberschuß gewährt den aus demselben bei der Gesellschaft auf Lebenszeit versichert gewesenen Personen eine Dividende von 14%, pro Cent des Betrages der innerhalb jenes Zeitraums von ihnen bezahlten Prämien. Diese Dividende wird, den Statuten gemäß, auf die von jetzt ab ferner von ihnen zu zahlenden Prämien in Abrechnung gebracht, respektive baar gezahlt.

Das Versicherungs-Geschäft hat in den ersten drei Monaten dieses Jahres seinen gewohnten, wachsenden Fortschritt behauptet; seitdem aber durch die eingetretenen politischen und bürgerlichen Verhältnisse eine wesentliche Störung und Hemmung erfahren.

Wir müssen uns der Hoffnung hingeben, der noch übrige Theil des Jahres werde bei wiederkehrender Ruhe und Ordnung eine erneuerte, vermehrte Belegung herbeiführen.

Berlin, den 27ten Mai 1848.
Direktion der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.
C. W. Brose. C. G. Brüßlein. M. Magnus. F. Lütke. Direktoren.
Lobeck, General-Agent.

Vorstehenden Rechenschaftsbericht bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, mit dem ergebenen Bemerkten, daß Geschäfts-Programme bei mir unentgeltlich ausgegeben werden.
Stettin, den 1sten Juni 1848.

CARL AUGUST SCHULZE,

Haupt-Agent der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Anzeige für Reisende nach Amerika.

Nach New-York wird den 6ten Juni expedirt: das große, schöne 3mastige Engl. Schiff „Toronto“, Capitain J. Wilburn, und ferner monatlich 3 bis 4 Schiffe nach Newyork und Quebeck. Langjährige Erfahrungen setzen mich in den Stand, alles zu veranstalten, was den Reisenden die Beschwerlichkeiten der Reise erleichtert, und eine strenge Reellität sichert denselben eine gute und hinlängliche Versorgung mit Lebensmitteln zu, wodurch Unterzeichneter sich der vollkommensten Zufriedenheit und des Dankes aller bisher von ihm beförderten Personen erfreut und worüber ich vielfache briefliche Beweise vorlegen kann.

Die Ueberfahrtspreise sollen den Passagieren sehr billig gestellt und das Kopfgeld nach Newyork mit drei Preuß. Thalern berechnet werden, sowie ich Säuglinge unter einem Jahr passagefrei expedire.

Nähere Auskunft ertheile ich auf portofreie Briefe.
J. S. Mansfeldt, Mühlenstraße No. 8 in Hamburg.

Die Passagiere können nur unbesorgt nach Hamburg kommen, indem ich neutrale Schiffe nach New-York und Quebeck expedire, welche ungehindert auspassiren können, und von den Dänen nicht aufgebracht werden.

Am 27ten Mai d. J. sind auf dem Gute Friedfeld bei Penkun drei Windhunde jagend angetroffen und gefangen worden. Der sich legitimirende Eigentümer kann dieselben, gegen Erlegung des Pfandgeldes und Erstattung der Futterkosten, so wie der Insertionsgebühren daselbst in Empfang nehmen.

Am 1sten d. M. ist aus der St. Jacobi-Kirche über den Jacobi-Kirchhof, kl. Domstraße bis zum Petri-Platz eine mit Steinen besetzte goldene Broche verloren gegangen. Der Finder derselben wird ersucht, solche am Petri-Platz No. 1146 gegen eine angemessene Belohnung abzugeben.

Wohnung von A. Bork junior jetzt gr. Laßadie No. 208, dem Gasthose zum schwarzen Adler diesseits schräge gegenüber.

Gute Sommer-Leucocoyen-Pflanzen sind zu haben in Grünthal bei Scheiberg.

Es ist am Sonnabend den 3ten Juni einem armen Milchmädchen auf der Laßadie ein Packer mit 4 Büchern abhändigen gekommen. Der ehrliche Finder erhält gegen Rückgabe derselben bei W. Fabian, Schulzenstraße No. 340, eine angemessene Belohnung.

Wanzen, Schaben, Motten,

sowie Ratten und Mäuse werden von mir gründlich vernilgt. Geehrte Aufträge bitte ich in meiner Wohnung, Breitestraße No. 391, im Deutschen Hause, gefälligst abzugeben.

F. Rudolph, Kammerjäger aus Berlin.

Getreide-Markt-Preise.

Stettin, den 3. Juni 1848.

Weizen	. 1	Thlr. 20	sg. bis 1	Thlr. 27 1/2	sg.
Roggen	. 1	"	1 1/2	"	32 1/2
Gerste	. —	"	25	"	28 1/2
Hafer	. —	"	18 1/2	"	20
Erbisen	. 1	"	5	"	7 1/2